

Satzung des Vereins

Berufsverband der Sekretärinnen, Assistentinnen und sonstigen Angehörigen verwaltungstechnischer Berufe (Office) in den Bereichen der Radioonkologie in Deutschland – OViRO

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr, Eintragung

(1.1) Der Verein führt den Namen

„Berufsverband der Sekretärinnen, Assistentinnen und sonstigen Angehörigen verwaltungstechnischer Berufe (Office) in den Bereichen der Radioonkologie in Deutschland – OViRO“.

(1.2) Sitz des Vereins ist Berlin.

(1.3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(1.4) Der Verein ist im Vereinsregister Berlin unter der Nummer VR 27324 B eingetragen.

(1.5) Die in dieser Satzung genannten grammatisch maskulinen Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts.

§ 2 Zweck

(2.1) Der Verein verfolgt als Zweck die Förderung der beruflichen Interessen und die Vertretung in beruflichen Belangen der Sekretärinnen, Assistentinnen sowie der sonstigen Angehörigen verwaltungstechnischer Berufe (Office) in den Bereichen der Radioonkologie (Strahlentherapie) in Deutschland.

(2.2) Der Vereinszweck soll durch geeignete Maßnahmen erreicht werden, insbesondere

1. Förderung des Berufsstandes und Pflege von Kontakten sowie fachliche Hilfestellung zwischen den Sekretariaten/Assistentinnen an Hochschulen, Kliniken, Praxen und sonstigen Einrichtungen der Radioonkologie;
2. Planung und Durchführung gemeinsamer Fortbildungsveranstaltungen;
3. Erarbeitung und Abgabe von Stellungnahmen über die beruflichen Belange in Verfahren der Gesetzgebung oder im Verordnungswege bei öffentlichen Stellen;
4. Erarbeitung und Abgabe von Stellungnahmen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Qualitätssicherung und bei Schaffung von Qualitätsstandards in der Berufsausübung;
5. Pflege und Ausbau der Kontakte zu Berufsverbänden der anderen Berufsgruppen und zu wissenschaftlichen Gesellschaften in der Radioonkologie;
6. Zusammenarbeit mit
 - a) allen Organisationen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen,
 - b) Bundes- und Länderbehörden, Behörden der kommunalen Selbstverwaltung sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die für das Gesundheitswesen, die Sozialversicherung und die Sozialhilfe zuständig sind,
 - c) sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen sowie wissenschaftlichen Instituten oder Institutionen.

(2.3) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar Zwecke im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 5 Körperschaftsteuergesetz. Der Verein ist parteipolitisch unabhängig.

(2.4) Die zur Erreichung des Zwecks erforderlichen Mittel werden durch Beiträge, Umlagen, freiwillige Zuwendungen und Spenden aufgebracht.

(2.5) Die Mittel des Vereins dürfen nur für den satzungsgemäßen Zweck verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins in ihrer Eigenschaft als Mitglied. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft, Beginn, Rechte und Pflichten

(3.1) Ordentliche Mitglieder des Vereins können natürliche Personen werden, die im Bereich der Radioonkologie in Deutschland in Sekretariat und Verwaltung (Office) tätig sind. Außerordentliche Mitglieder können natürliche Personen werden, die im Bereich der Radioonkologie in Deutschland in Sekretariat und Verwaltung (Office) tätig waren sowie solche natürliche Personen, die in Europa in Sekretariat und Verwaltung (Office) tätig sind oder waren.

(3.2) Anträge zur Aufnahme sind schriftlich zu stellen. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Mitteilung des Vorstandes über die Aufnahme (Versand des Briefes oder der elektronischen Post); die Mitteilung sollte unverzüglich nach dem Beschluß versandt werden.

(3.3) Jedes ordentliche Mitglied ist berechtigt, an der Willensbildung im Verein durch Ausübung des Antrags-, Diskussions- und Stimmrechts teilzunehmen. Jedes Mitglied verfügt über eine Stimme Die Übertragung des Stimmrechts ist unzulässig.

(3.4) Jedes außerordentliche Mitglied ist berechtigt, an der Willensbildung im Verein durch Teilnahme an den Versammlungen und die Ausübung des Diskussionsrechts teilzunehmen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

(3.5) Die Mitglieder erkennen die Vereinssatzung an; sie verpflichten sich, dem Verein jede Veränderung der postalischen oder elektronischen Anschriften unverzüglich mitzuteilen. Jedes Mitglied erkennt mit seinem Beitritt an, dass seine postalischen und elektronischen Anschriften sowie die Telefonnummern jedem anderen Mitglied zur Kenntnis gegeben werden.

(3.6) Die Mitglieder haben weder während der Zugehörigkeit zum Verein noch nach der Beendigung ihrer Mitgliedschaft Anspruch auf das Vereinsvermögen, auch nicht auf Rückzahlung von Einlagen und Beiträgen.

§ 4 Mitgliedschaft, Beendigung

(4.1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder Tod.

(4.2) Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist zum Jahresende.

(4.3) Der Ausschluß erfolgt durch Beschluß des Vorstandes. Vor der Beschlußfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Ausschluß ist dem Mitglied in begründeter Form bekannt zu machen. Ausschlußgründe sind insbesondere

1. wiederholte Verstöße gegen die Satzung, bzw. den Zweck des Vereins,
2. Rückstand mit der Beitrags- oder Umlagezahlung um mehr als ein Jahr trotz Mahnung.

Gegen den Ausschluß nach Nummer 1 kann innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Bescheides Berufung beim Vorstand eingelegt werden. Über die Berufung entscheidet die nächste Mitgliederversammlung in geheimer Abstimmung. Die Entscheidung der Mitgliederversammlung hat ohne Begründung zu erfolgen. Gegen den Ausschluß nach Nummer 2 kann keine Berufung eingelegt werden.

§ 5 Beiträge und Umlagen

(5.1) Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit setzt die Mitgliederversammlung fest.

(5.2) Zur Durchführung besonderer Maßnahmen und Vorhaben können Umlagen erhoben werden.

(5.3) Auf begründeten Antrag des jeweiligen Mitglieds kann der Vorstand in besonderen Fällen einen Nachlass auf die festgesetzten Beiträge und Umlagen gewähren.

(5.4) Die Mitgliederversammlung kann diese und weitere Einzelheiten in einer Beitragsordnung festlegen.

§ 6 Organe

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand

(7.1) Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern,

1. dem Vorsitzenden,
2. dem Stellvertretenden Vorsitzenden,
3. dem Schriftführer,
4. dem Schatzmeister,
5. dem Beisitzer.

(7.2) Die Mitgliederversammlung wählt die Vorstandsmitglieder jeweils für 3 Jahre; die Amtszeit dauert vom Ende der Mitgliederversammlung, in der die Wahl stattfand, bis zum Ende der Mitgliederversammlung im dritten auf das Wahljahr folgenden Jahres, in der die Neuwahl anberaumt ist. Erfolgt keine rechtswirksame Neuwahl, bleibt der Vorstand bis zur nächsten rechtswirksamen Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf seiner Amtsperiode aus, findet auf der nächsten Mitgliederversammlung eine Neuwahl statt; die Neuwahl eines Ersatzmitgliedes kann nur bis zum Ende der Wahlperiode des ausgeschiedenen Mitglieds erfolgen.

(7.3) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 BGB durch zwei Mitglieder des Vorstandes, vertreten.

(7.4) Der Vorstand ist für alle Aufgaben des Vereins zuständig, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung zugewiesen sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere

1. die Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
2. die Verwendung der Mittel,
3. die Feststellung der vom Schatzmeister aufzustellenden Jahresrechnung,
4. die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes,

5. die Festlegung des Umfangs der von einem Mitglied mitzuteilenden Daten,
6. die Aufnahme von Mitgliedern,
7. der Ausschluß von Mitgliedern,
8. der Beschluß über einen Beitragsnachlass,
9. die Einberufung der Mitgliederversammlung und Zusammenstellung der Tagesordnung,
10. die Anstellung und Kündigung von Mitarbeitern und Hilfskräften,
11. die Einsetzung von Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen und Kommissionen,
12. der Erlaß von Geschäftsordnungen für den laufenden Betrieb von organisatorischen Einheiten innerhalb des Vereins.

(7.5) Der Vorstand tritt nach Bedarf oder auf Wunsch eines Vorstandsmitgliedes zusammen. Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden geleitet; in seiner Abwesenheit vom Schatzmeister.

(7.6) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Sitzungsleiters.

(7.7) Die Vorstandsarbeit ist ehrenamtlich. Die Erstattung notwendiger Kosten, Auslagen, Aufwandsentschädigungen (insbesondere Reisekosten) ist zulässig.

§ 8 Mitgliederversammlung

(8.1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlußfassende Organ des Vereins. Sie tritt mindestens einmal im Jahr auf Beschluß des Vorstandes oder auf Verlangen von 20 % der Mitglieder zusammen.

(8.2) Die Einberufung zur Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich oder per elektronische Post. Termin, Tagungsort und Tagesordnung sind 4 Wochen vorher anzukündigen. Die Frist beginnt mit der Aufgabe zur Post oder der Absendung der elektronischen Post.

(8.3) Die Tagesordnung wird vom Vorstand festgelegt. Zu Beginn einer Mitgliederversammlung können Antragsteller bei dem Tagesordnungspunkt

„Genehmigung der Tagesordnung“ die Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung durch Beschluß der Mitgliederversammlung beantragen. Anträge zur Satzungsänderung dürfen bei dem Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Tagesordnung“ nicht gestellt werden; Anträge auf Verpflichtung des Vorstandes zur Aufnahme satzungsändernder Anträge in die Tagesordnung einer zukünftigen Mitgliederversammlung sind allerdings zulässig.

(8.4) Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind

1. die Entwicklung von Vorschlägen und Hinweisen für die Aktivitäten des Vereins und für die Arbeit des Vorstandes,
2. die Wahl des Vorstandes,
3. die Wahl der Rechnungsprüfer,
4. die Entlastung des Vorstandes,
5. der Festlegung von Höhe und Fälligkeit von Beiträgen und Umlagen sowie die Aufstellung einer Beitragsordnung,
6. der Beschluß über die Berufung zu einem vom Vorstand beschlossenen Ausschluß aus dem Verein,
7. die Abberufung von Vorstandsmitgliedern,
8. die Satzungsänderung,
9. die Auflösung des Vereins.

(8.5) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder Beschlußfähig.

(8.6) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder, mit Ausnahme der in vorstehender Ziffer 8.4 aufgeführten Nummern 7 bis 9, für die eine Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich ist. Die Abstimmungen erfolgen offen, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(8.7) Geheime Abstimmungen bedürfen eines Antrags. Die geheime Abstimmung hat zu erfolgen, wenn aus der Versammlung kein Widerspruch erwächst. Im Fall eines Widerspruchs hat die Abstimmung über den Antrag zur geheimen Abstimmung geheim zu erfolgen. Der Antrag ist angenommen, wenn mindestens drei der anwesenden Mitglieder dem Antrag zustimmen.

§ 9 Rechnungsprüfer

(9.1) Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der Mitglieder zwei Rechnungsprüfer für die Dauer von drei Jahren, das laufende und die beiden folgenden Rechnungsjahre. Wiederwahl ist zulässig.

(9.2) Die Rechnungsprüfer prüfen die Geschäftsführung des Vorstandes nach eigenem Ermessen, insbesondere die ordnungsgemäße Führung der Bücher und Konten.

(9.3) Die Rechnungsprüfer berichten der Mitgliederversammlung über Art und Umfang der Prüfung und ob die Prüfung zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gab.

§ 10 Satzungsänderung, Dokumentation

(10.1) Anträge auf Satzungsänderung sind der Einladung zu der Mitgliederversammlung schriftlich mit einer Erläuterung und mit Gegenüberstellung des geltenden Wortlauts des betreffenden Satzungsabschnitts beizufügen.

(10.2) Alle Beschlüsse der Vereinsorgane sind schriftlich niederzulegen und vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Die Niederschriften sind vereinsöffentlich.

§ 11 Auflösung des Vereins

(11.1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen, zu diesem Zweck einberufenen, Mitgliederversammlung beschlossen werden; die Versammlung beschließt auch über die Art der Liquidation.

(11.2) Für die zur Auflösung notwendigen Beschlüsse ist eine Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder notwendig.

(11.3) Bei der Auflösung oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks fällt das Vermögen an die DEGRO Deutsche Gesellschaft für Radioonkologie e. V. (Steuernummer 27/640/57459, Finanzamt Berlin für Körperschaften I). Die Auskehrung des restlichen Vermögens nach allen mit der Auflösung verbundenen Kosten kann erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 12 Haftung für Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten des Vereins haftet den Gläubigern ausschließlich das Vereinsvermögen.

§ 13 Geltung der Satzung

Diese Satzung wurde in der Gründungsversammlung am 22.09.2007 beschlossen.